



## Presseschau vom 17.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

### **de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

### **de.rt.com: Putin gibt Pressekonferenz in Samarkand (Video mit Simultanübersetzung)**

<https://kurz.rt.com/373b> bzw. [hier](#)

### **de.rt.com: Konfliktherd Kaukasus: Warum sich Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach bekriegen**

Vor 21 Monaten wurde im umstrittenen Gebiet von Bergkarabach ein Waffenstillstand ausgerufen. Aber gibt es tatsächlich eine Chance auf einen echten und anhaltenden Frieden?

...

<https://kurz.rt.com/371t> bzw. [hier](#)

### **de.rt.com: Podoljakas Frontanalyse: Vor der Offensive im Süden – warum Russland Dämme an der Ingulez sprengt (Video)**

Seit vier Tagen, Stand 16. September, herrscht also eine operative Pause an den ukrainischen Kriegsfrenten. Die versuchte Offensive der ukrainischen bewaffneten Formierungen auf die Verteidigungslinien hinter dem Fluss Oskol und der Stadt Krasny Liman schwindet allmählich, die Soldaten des privaten Militärunternehmens Wagner setzen ihre Offensive südlich von Artjomowsk (heute auch Bachmut genannt) fort, ebenso wie das 2. Armeecorps seine Offensive auf Soledar. ...

<https://kurz.rt.com/373d> bzw. [hier](#)

### **Desiree Lambert: Fragwürdige Ansichten: Philosophie-Gesellschaft untersagt Mitbegründer Teilnahme an Fachkongress**

In Deutschland herrscht Meinungsfreiheit, glaubt man zumindest. Denn das gilt längst nicht mehr überall. Offenbar selbst bei der Gesellschaft für analytische Philosophie (GAP) nicht mehr. Die hat dem Philosophen Georg Meggle die Teilnahme an einer Veranstaltung untersagt, weil er "Verschwörungstheorien" verbreite. ...

<https://kurz.rt.com/36t1> bzw. [hier](#)

### **Elem Raznochintsky: EU-Reformen: Durch die Hintertür in die "Vereinigten Staaten von Europa"?**

Die Idee "Vereinigte Staaten von Europa" ist alt. Aber stets haben sie die System-Medien als "rechte Verschwörungstheorie" verschrien, wenn sie angeblich nicht im richtigen Licht dargestellt wurde. Hört man heute dem Bundeskanzler Scholz zu, so könnte man eine neue, die nächste Phase der "europäischen Integration" vermuten. ...

<https://kurz.rt.com/36yc> bzw. [hier](#)

### **Witali Sowin: US-Propaganda – im Informationskrieg gegen Russland dreckiger denn je**

Von dem Märchen über Kopfgeldzahlungen an die Taliban für jeden getöteten US-Soldaten bis hin zu irgendwelchen Behauptungen über Nordkorea – die Waffen der üblichen "anonymen Quellen", derer sich die US-Medien bedienen, sind bekanntlich Fake News. ...

<https://kurz.rt.com/371q> bzw. [hier](#)

### **Scott Ritter: Washingtons neue Realität 21 Jahre nach den Anschlägen vom 11. September**

Auch im 21. Jahr nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wollen die USA ihre Position als einzige Supermacht in der Welt behaupten. Dieser Status existiert aber nicht mehr. Dies ist eine Folge davon, wie sich die USA nach den Anschlägen verhalten haben. ... <https://kurz.rt.com/36xu> bzw. [hier](#)

**Dagmar Henn: Die wahren Verfassungsfeinde in Deutschland sitzen oben**

"Für die Verteidigung von Freiheit und Demokratie" sollen die Deutschen im kommenden Winter frieren und zusehen, wie ihre ökonomische Lebensgrundlage ruiniert wird. Um etwas zu verteidigen, muss man es allerdings erst einmal haben. Also, wie frei und demokratisch ist das heutige Deutschland? ...

<https://kurz.rt.com/373i> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

**19:37 de.rt.com: Putin will den Konflikt in der Ukraine so schnell wie möglich beenden**

Der russische Präsident Wladimir Putin will den Konflikt in der Ukraine so schnell wie möglich beenden. Dies erklärte er in einem Gespräch mit dem Premierminister Indiens, Narendra Modi, während ihres Treffens am Freitag im Rahmen des Gipfels der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit.

Zugleich wies Putin den indischen Staatschef darauf hin, dass die ukrainischen Behörden sich geweigert hätten zu verhandeln und ihre Ziele mit militärischen Mitteln erreichen wollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632480a148fbef565611e4b1.jpg>

*Der Präsident Russlands Wladimir Putin und der Premierminister Indiens Narendra Modi am 16. September*

**19:51 de.rt.com: Wegen Taiwan: China verhängt Sanktionen gegen Chefs von US-Rüstungsriesen**

Als Reaktion auf US-Waffenlieferungen an Taiwan hat Peking Sanktionen gegen die Chefs der US-Rüstungsunternehmen Raytheon Technology und Boeing Defense verhängt. Die Außenamtssprecherin begründete dies am Freitag mit der Bedrohung chinesischer Sicherheitsinteressen.

Nach den jüngsten Waffenverkäufen an Taiwan hat China Sanktionen gegen die Chefs der beiden US-Rüstungsriesen Raytheon Technology und Boeing Defense, Space and Security

verhängt. Die chinesische Außenamtssprecherin Mao Ning begründete dies am Freitag mit der Schädigung der chinesischen Souveränität und Sicherheitsinteressen.

Das Außenministerium in Peking gab nicht bekannt, welche Sanktionen konkret gegen Gregory Hayes, Vorsitzender und CEO von Raytheon und Ted Colbert, Präsident und CEO von Boeing Defense, Space and Security, verhängt werden.

Die USA sollten aufhören, Waffen an Taiwan zu liefern und militärische Kontakte mit Taipeh zu pflegen, betonte die Sprecherin des chinesischen Außenamts.

Anfang des Monats hatte Washington einen Waffenverkauf an Taiwan im Wert von 1,1 Milliarden Dollar (1,1 Milliarden Euro) angekündigt, darunter laut Medienberichten 355 Millionen Dollar für 60 Harpoon-Schiffsabwehrraketen und 85 Millionen Dollar für einhundert Luft-Luft-Raketen vom Typ Sidewinder sowie Unterstützung für ein Luftabwehr-Radarwarnsystem.

Die Lieferungen werden von der US-Regierung mit einem zunehmenden Druck Chinas auf die demokratische Inselrepublik begründet, etwa mit einer verstärkten militärischen Präsenz in der Luft und zur See. China sieht die Insel als Teil der Volksrepublik an. Taiwan hingegen versteht sich als unabhängig.

Ein Besuch der Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan hatte Anfang August die Spannungen mit China verschärft. Peking veranstaltete Militärmanöver und übte eine See- und Luftblockade. Die USA erkennen Taiwan im Rahmen ihrer Ein-China-Politik nicht formell an, sind aber der Hauptlieferant von Militärausrüstung für die Insel und haben sich vor Jahrzehnten durch ihre eigenen Gesetze dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass Taiwan sich selbst verteidigen kann, was seither meist Waffenlieferungen bedeutete. Peking hat mehrfach gegen diese Art der Einmischung protestiert.

"Wir fordern die US-Regierung und die betroffenen Parteien erneut auf, die Waffenverkäufe an Taiwan und die militärischen Kontakte mit Taiwan einzustellen und keine neuen Faktoren zu schaffen, die zu Spannungen in der Straße von Taiwan führen könnten", sagte Mao bei einer täglichen Besprechung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63248005b480cc1fc0634462.jpg>

Greg Hayes, CEO von Raytheon Technologies, während eines Treffens mit US-Präsident Biden in Washington, D.C., USA, am Mittwoch, 6. Oktober 2021

## 20:10 de.rt.com: **"Keine Folter": UN fordert Ukraine zu humaner Behandlung der Bewohner der besetzten Gebiete auf**

Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) hat die ukrainischen Behörden aufgerufen, die Bewohner der kürzlich von den ukrainischen Streitkräften besetzten Region Charkow "nicht zu foltern und menschenwürdig zu behandeln". Dies betreffe vor allem die Personen, die Kiew der Zusammenarbeit mit Russland bezichtigen könnte, sagte die

Sprecherin des OHCHR, Elizabeth Throssell. Laut der Nachrichtenagentur TASS erklärte sie am 16. September:

"Es ist zu hoffen, dass sie menschlich behandelt und nicht gefoltert werden und dass es in irgendeiner Form einen fairen Prozess geben wird."

Außerdem sagte sie, dass es "in den Gebieten, über die die ukrainischen Streitkräfte jetzt die Kontrolle wiedererlangt haben", Menschen gebe, die die ukrainischen Behörden "als Kollaborateure betrachten." Und sie fügte hinzu:

"In einigen Fällen stellt sich jedoch die Frage, wer als Kollaborateur eingestuft werden soll. Vielleicht sind einige der beschuldigten Personen gar keine Kollaborateure."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63246e3ab480cc1d1b0083b1.jpg>

### 20:12 de.rt.com: **Bund verstaatlicht Rosneft Deutschland – Sachsens Kretschmer übt Kritik und warnt vor "Mangellage"**

Die Bundesregierung stellt die Rohöl-Importeure Rosneft Deutschland (RDG) unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur. Sachsens Ministerpräsident meint, man könne das russische Öl nicht kurzfristig ersetzen und wirft Berlin vor, Ideologie über die Interessen Deutschlands zu stellen.

Die Bundesregierung stellt die Rohöl-Importeure Rosneft Deutschland (RDG) und die RN Refining & Marketing GmbH unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur. Das teilte das Bundeswirtschaftsministerium am Freitag in Berlin mit.

Damit eignet sich die Bundesnetzagentur die Kontrolle über Rosneft Deutschland und damit auch über den jeweiligen Anteil in den drei Raffinerien PCK Schwedt, MiRo (Karlsruhe) und Bayernoil (Vohburg) an. Die Treuhandverwaltung wird an diesem Freitag wirksam und ist zunächst auf sechs Monate befristet. Die Kosten dafür müssen die betroffenen Unternehmen tragen.

Hintergrund sei das von der Bundesregierung verhängte Öl-Embargo gegen Russland wegen des Ukraine-Kriegs, das am 1. Januar 2023 greift. Rosneft Deutschland vereine insgesamt rund zwölf Prozent der deutschen Erdölverarbeitungskapazität auf sich und sei damit eines der größten erdölverarbeitenden Unternehmen in Deutschland, so das Ministerium.

Die Treuhandverwaltung sei eine Reaktion auf die "drohende Gefährdung der Energieversorgungssicherheit" und ein "wesentlicher Grundstein" für den Erhalt des Standorts Schwedt. Für Schwedt solle es zudem ein "umfassendes Zukunftspaket" geben, das einen "Transformationsschub" für die Region bringen und die Raffinerie unterstützen solle, damit die Versorgung mit Öl auf alternativen Lieferwegen sichergestellt werde.

Bislang ist die PCK Raffinerie von der Belieferung mit russischem Erdöl über die "Druschba-Pipeline" abhängig. Das sogenannte Zukunftspaket soll am Mittag im Bundeskanzleramt von Kanzler Olaf Scholz (SPD), Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und dem

Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dietmar Woidke (SPD), vorgestellt werden. PCK hat rund 1.200 Mitarbeiter und gilt als wirtschaftliche Säule der Region um Schwedt. Die Raffinerie versorgt große Teile des deutschen Nordostens mit Treibstoff.

Die deutschen Töchter des staatlichen russischen Ölkonzerns Rosneft, RDG und RNRM, führen laut Ministerium jeden Monat Rohöl im Wert von mehreren hundert Millionen Euro aus Russland nach Deutschland ein. Grund für die Anordnung der Treuhandverwaltung sei, dass die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs der betroffenen Raffinerien aufgrund der antirussischen Sanktionen in Gefahr gewesen sei. Zentrale Dienstleister wie Zulieferer, Versicherungen, Banken, IT-Unternehmen und Banken, aber auch Abnehmer, seien nicht mehr zu einer Zusammenarbeit mit Rosneft bereit gewesen - weder mit Raffinerien mit Rosneft-Beteiligung noch mit den deutschen Rosneft-Töchtern, RDG und RNRM, selbst.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer kritisierte die treuhänderische Übernahme der deutschen Rosneft-Tochter scharf, wie der [MDR berichtet](#). Der CDU-Politiker sagte, das sei eine deutliche Fehlentscheidung. Diesen Schritt würden die deutschen Bürger und Unternehmen teuer bezahlen müssen. Deutschland werde in eine weitere Mangellage und in weiter steigende Preise an den Tankstellen hineinlaufen.

Kretschmer betonte weiterhin, es sei vollkommen klar, dass man das russische Öl kurzfristig nicht ersetzen könne. Der Bundesregierung warf er vor, Ideologie über die Interessen des Landes zu erheben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6324a7b248fbef5b5c276a3c.jpg>

16. September 2022, Schwedt (Brandenburg): Eingang der Raffinerie in Schwedt

20:39 de.rt.com: **Kiew fordert mehr Luftabwehr und schwere Waffen von G7-Staaten**

Die Parlamentspräsidenten der G7-Staaten und des Europäischen Parlaments haben sich heute in Berlin getroffen. Ebenfalls zu Gast war der Vorsitzende des ukrainischen Parlaments, Ruslan Stefantschuk, der seinen Besuch nutzte, um mehr schwere Waffen und Luftabwehr der Verbündeten gegen Russland zu fordern. Ihm nach laufe der Kampf in der Ukraine gegen russische Verbände sehr gut und zum Teil auch dank der schweren Waffen des Westens sei die Situation an der Front nun eine drastisch andere. Er sagte dazu:

"Wir alle streben nach dem Sieg, und das bedeutet, dass die Ukraine schwere Waffen, Luftabwehrsysteme und andere Dinge auf der Liste erhalten sollte, die ich der Sprecherin Pelosi und anderen Kollegen zur Verfügung gestellt habe."

An dem [Treffen](#) nahm ebenfalls die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, teil. Sie erklärte zu den Energiepreisexplosionen, dass diese ein nötiges Übel seien. Wörtlich sagte sie:

"Natürlich machen uns hohe Energiepreise Sorgen, aber diese Menschen riskieren ihr Leben. (...) Die Menschen in der Ukraine verteidigen nicht nur ihre, sondern unser aller Demokratie, somit ist es ein geringer Preis, den wir zahlen müssen."

Stefantschuk überreichte Pelosi und den anderen Kollegen eine Wunschliste an Waffen und

Material, das Kiew gerne bekommen würde.



<https://thumbs.odycdn.com/6e5c7e322ba52a62a35839c98f263764.webp>

**dan-news.info: Die Truppen der russischen Koalition halten zahlreichen Schlägen der bewaffneten Formationen der Ukraine im Norden der DVR stand, erklärte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in einer Videoansprache.**

„Der beunruhigendste Frage ist der Norden DVR, wo die Frontlinie recht dynamisch ist. Der Gegner unterlässt die Versuche von Angriffen auf unsere Ortschaften nicht, allein heute hat der Gegner sechs mal versucht, in Richtung Alexandrowka und Krynok. In den Kampflinien befinden sich NATO-Instrukteure, im Grunde leiten sie jetzt auch die ukrainischen Einheiten, deshalb haben es unsere Leute nicht einfach, aber sie verhalten sich sehr gut, halten den Schlägen des Gegners stand und schießen selbst in verschiedenen Richtungen“, sagte Puschilin.

Er fügte hinzu, dass heute ernsthafte Kämpfe im östlichen Teil von Jarowaja stattfanden, „die Situation ist dort nicht eindeutig, aber unsere Einheiten sind einfach hervorragend“.

Nach den Worten Puschilin wurden Erfolge, wenn auch geringe, von den Truppen der russischen Koalition beim Vordringen in Richtung Artjomowsk erzielt. An den anderen Teilen der Front bliebe die Situation unverändert.

**20:51 de.rt.com: Chinas Präsident Xi Jinping warnt vor Farbrevolutionen in Zentralasien**

Auf dem Gipfeltreffen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Samarkand hat der chinesische Präsident Xi Jinping seine Mitstreiter ermahnt, "sich gemeinsam der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder unter irgendeinem Vorwand zu widersetzen".

Am Freitag hat der chinesische Präsident Xi Jinping seine zentralasiatischen Nachbarn davor gewarnt, sich von Außenstehenden durch Farbrevolutionen und Aufstände destabilisieren zu lassen, und angeboten, ein regionales Ausbildungszentrum für Terrorismusbekämpfung einzurichten. Das kündete er in einer Rede vor führenden Vertretern der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) auf dem Sicherheitsgipfel mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und anderen führenden Politikern aus Zentralasien, Indien und Iran an.

Gemeinsam müssten sich die Mitglieder der Einmischung in innere Angelegenheiten unter irgendwelchen Vorwänden widersetzen.

"Wir sollten verhindern, dass externe Kräfte Farbrevolutionen anzetteln", sagte der chinesische Präsident am letzten Tag des Gipfels der Staatengruppe am Freitag im usbekischen Samarkand.

Die Welt trete in eine "neue Phase der Turbulenzen und der Veränderung" ein, warnte Xi in seiner Rede. "Der Nebel der Pandemie des Jahrhunderts hat sich noch nicht verzogen, der

Rauch lokaler Konflikte steigt wieder auf, die Mentalität des Kalten Krieges und Blockpolitik sind zurückgekehrt." Unilateralismus und Protektionismus nähmen zu. Die wirtschaftliche Globalisierung stoße auf Gegenströmungen. "Die Menschheit steht am Scheideweg."

Eines der Hauptthemen des Gipfels am Freitag waren die regionalen Sicherheitsherausforderungen sowie Möglichkeiten zur Förderung des Handels und der Konnektivität zwischen den Mitgliedstaaten angesichts der Folgen der globalen Pandemie und der Ukraine-Krise.

Die chinesische und die russische Führung hatten zuvor am Rande des Gipfels am Donnerstag außenpolitische Fragen erörtert. Putin wies darauf hin, dass die jüngsten Versuche, auf eine unipolare Welt zu drängen, "eine absolut hässliche Form" angenommen hätten, die von der Mehrheit der Welt abgelehnt werde. Er fügte hinzu, dass Russland und China gemeinsam für eine "gerechte, demokratische, multipolare Weltordnung auf der Grundlage des Völkerrechts und der zentralen Rolle der UNO eintreten und nicht für irgendwelche Regeln, die jemand erfunden hat und versucht, sie anderen aufzuzwingen, ohne auch nur zu erklären, worum es sich dabei handelt".

Chinas Präsident rief die Mitglieder zum Kampf gegen Drogenschmuggel, andere grenzüberschreitende Verbrechen und die "drei bösen Kräfte" auf: Terrorismus, Separatismus und religiöser Extremismus. China sei bereit, in den nächsten fünf Jahren 2.000 Strafverfolgungsbeamte aus SOZ-Mitgliedstaaten auszubilden und ein Trainingszentrum für den Anti-Terror-Kampf einzurichten.

Um der Not in der Welt zu begegnen, werde China bedürftigen Entwicklungsländern Nahrung und humanitäre Hilfsgüter im Wert von 1,5 Milliarden Yuan, umgerechnet 214 Millionen Euro, zur Verfügung stellen, kündigte Xi ferner an.

Das Gipfeltreffen ist Teil von Xis erster Auslandsreise seit kurz nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie vor zweieinhalb Jahren und unterstreicht, wie wichtig das Treffen für Peking ist.

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit wurde 2001 von Russland und China als Bündnis für wirtschaftliche Integration und Vertrauensbildung gegründet. Sie besteht aus acht Staaten – China, Indien, Russland, Kasachstan, Pakistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan. Hinzu kommen vier Beobachterstaaten – Afghanistan, Weißrussland, Iran und die Mongolei –, die ihrer Vollmitgliedschaft näherkommen, sowie sechs "Dialogpartner" – die Türkei, Armenien, Aserbaidschan, Kambodscha, Nepal und Sri Lanka.

Erstmals seit drei Jahren fand der Gipfel wieder in Anwesenheit der Staats- und Regierungschefs statt. Der Gipfel nahm eine "Erklärung von Samarkand" zur Vertiefung der Zusammenarbeit an. Auch wurde eine Reihe von Dokumenten zur globalen Nahrungsmittelsicherheit, zur Energieversorgung, zum Klimawandel und zur Sicherung verlässlicher Lieferketten vorgelegt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6324c58b48fbef5b5c276a64.jpg>

20:56 de.rt.com: **Mehr als 170 Geschosse auf Volksrepublik Donezk binnen 24 Stunden abgefeuert**

Die ukrainischen Truppen sollen in den vergangenen 24 Stunden mehr als 170 Geschosse auf die Volksrepublik Donezk (DVR) abgefeuert haben. Dies [teilte](#) die Volksmiliz der DVR auf ihrem Telegram-Kanal am Freitag mit. Dabei seien zehn Städte und Dörfer bombardiert und sechs Häuser sowie Infrastruktur beschädigt worden. Zudem seien drei Zivilisten beim Beschuss verwundet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6324bfb148fbef565611e4ff.jpg>

*Ein ukrainischer Blindgänger in Donezk*

21:19 de.rt.com: **EU-Ratschef Michel macht Druck bei Reform des Elektrizitätsmarktes**

Wie EU-Ratschef Charles Michel am Freitag erklärte, müsse angesichts der hohen Energiepreise mehr für die Entlastung der Bürger getan werden. Dabei machte er auch Druck, dass der Strommarkt reformiert werden müsse: Die EU-Kommission müsse so bald wie möglich etwas zu dieser Frage liefern.

Nach Ansicht von EU-Ratschef Charles Michel muss angesichts der hohen Energiepreise mehr zur Entlastung der Verbraucher getan werden. Wie Michel am Freitag verschiedenen Medien, darunter der dpa, sagte, seien die Vorschläge der EU-Kommission in dieser Woche zwar ein guter Anfang. Um eine spürbare Entlastung der Bürger zu erreichen, brauche es jedoch weitere Schritte.

Die EU-Kommission hatte am Mittwoch einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne vorsieht. Demnach sollen Energieunternehmen, die übermäßig von der Krise profitieren, Übergewinnabgaben leisten. Dadurch sollen 140 Milliarden Euro eingenommen und die Verbraucher entlastet werden.

Der EU-Ratspräsident erklärte ebenfalls, dass man an einer Reform des Elektrizitätsmarktes arbeite. Es müssen so schnell wie möglich Vorschläge kommen. Hintergrund dessen ist, dass der Strompreis an der Leipziger Energiebörse EEX über das Merit-Order-Prinzip an den Gaspreis gekoppelt sei. Da dieser im Moment sehr hoch sei, führt dies zu Problemen und zu exorbitant gestiegenen Gaspreisen.

Michel behauptete, dass man schon vor einem Jahr über dieses Problem gesprochen habe. Bereits vor dem Sommer sei die EU-Kommission damit beauftragt worden, konkrete Vorschläge vorzulegen. Zwar sei es positiv, dass die Kommission daran arbeite: "Aber ich hoffe, dass so bald wie möglich etwas zu dieser Frage kommt."

Michel verwies auch darauf, dass es Probleme bei der Arbeit der EU-Plattform zur gemeinsamen Beschaffung von Gas Probleme gebe. Diese müsse ebenfalls schneller vorankommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6324af5e48fbef565611e4ec.jpg>

### 21:23 de.rt.com: **Ukrainische Regierung plant neues Strafgesetz: 15 Jahre für russische Staatsangehörigkeit**

Die ukrainische Regierung plant, einen neuen Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufzunehmen, der Gefängnisstrafen für die Annahme und "Propaganda" der russischen Staatsbürgerschaft vorsehen soll. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde vom ukrainischen Ministerkabinett auf einer Sitzung am Freitag beschlossen, [teilte](#) die stellvertretende ukrainische Ministerpräsidentin und Ministerin für die "Wiedereingliederung der nicht kontrollierten Gebiete", Irina Wereschtschuk, auf ihrem Telegram-Kanal mit.

Nach Angaben von Wereschtschuk soll ein ukrainischer Staatsbediensteter, der sich einen russischen Pass besorgt, mit 10 bis 15 Jahren Gefängnis bestraft werden. Für die "Propaganda" der russischen Staatsbürgerschaft sind Freiheitsstrafen bis zu acht Jahren vorgesehen. Betreffen soll das Gesetz, so zumindest Wereschtschuk, nur Staatsbedienstete, wozu in der Ukraine allerdings auch Lehrer, Ärzte und Mitarbeiter aller kommunalen Betriebe zählen.

Der russische Pass, schrieb die Politikerin, sei eine "feindliche Waffe" und müsse auf ukrainischem Gebiet ausgelöscht werden. In dem verlinkten Post droht Wereschtschuk entschlossen an, auf jedem Quadratzentimeter der "befreiten Gebiete" nur noch die ukrainische Identität dulden zu wollen.

### 21:48 de.rt.com: **DVR verstaatlicht Masten und Ausrüstung ukrainischer Mobilfunkbetreiber**

Das Eigentum, die Vermögenswerte, die Ausrüstung und die Masten der ukrainischen Mobilfunknetzbetreiber Kyivstar, Lifecell und TriMob werden in der Donezker Volksrepublik verstaatlicht, wie die Nachrichtenagentur TASS meldet. Der entsprechende Erlass des staatlichen Verteidigungskomitees der Republik sei am 16. September veröffentlicht worden. Damit wird das Eigentum der Mobilfunknetzbetreiber, zusammen mit dem Recht zu dessen wirtschaftlicher Verwaltung, an das staatliche Telekommunikationsunternehmen der DVR übertragen.

### 22:15 de.rt.com: **Sacharowa: Ukrainische Truppen quälen Zivilisten durch Filtrationsmaßnahmen**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte während eines [Pressebriefings](#) am Freitag, dass die ukrainischen Streitkräfte in den von den alliierten Streitkräften verlassenen Gebieten Filtrationsmaßnahmen an Zivilisten durchführen. Dies sei eine "absolute Gesetzlosigkeit" und unmenschlich.

Sacharowa warnt, dass die ukrainischen Soldaten die Menschen quälen, ähnlich wie sie es mit russischen Kriegsgefangenen gemacht haben, und appellierte:

"Sie sind zu allem fähig. Höchstwahrscheinlich töten sie diese Menschen – zweifellos."

Sie betonte, dass Tausende von Zivilisten darunter leiden. Es trifft die Menschen im Gebiet Charkow.



<https://thumbs.odycdn.com/2573193c92f2598e90e0fb907e6ae0f9.webp>

### 22:33 de.rt.com: **Kadyrow: Zwei weitere Bataillone haben sich Donbass-Streitkräften angeschlossen**

Die Soldaten der Bataillone "Sapad-Achmat" und "Wostok-Achmat" sollen sich den alliierten Streitkräften im Donbass angeschlossen haben. Das [teilte](#) das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, auf seinem Telegram-Kanal am Freitag mit. Auf dem [Video](#), das Kadyrow veröffentlichte, sind diese beiden Bataillone zu sehen. Er fügte hinzu:

"Ich wünsche unseren Jungs viel Glück bei ihrer noblen Mission! Ich bin überzeugt, dass Menschen, die unter nationalistischer Unterdrückung leiden, diese tapferen Verteidiger als ihre Retter ansehen werden. Ich bin stolz auf sie! Vorwärts zum Sieg!"



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6324d43fb480cc62b50c32e7.jpg>

*Soldaten des nach dem ehemaligen Oberhaupt Tschetscheniens, Achmat Kadyrow, benannten Sonderregiments in Lissitschansk in der LVR am 3. Juli*

### 22:42 de.rt.com: **Russland testet Antischiffsraketen unter arktischen Bedingungen**

Die Übung war Teil eines Manövers unter Extrembedingungen. Gestartet wurden Raketen, die bereits in Dienst gestellt sind, wie auch Neuentwicklungen. Das russische

Verteidigungsministerium hat ein [Video](#) mit einigen Starts veröffentlicht.

Das russische Militär hat nach einem Bericht des Verteidigungsministeriums vom Freitag unter den Extrembedingungen der Arktis [Antischiffsraketen](#) getestet.

Die Übungen samt scharfer Munition mit den Antischiffsraketen [Granit](#) und [Onyx](#) wurden im Gebiet rund um die Halbinsel Tschukotka, dem nördlichsten Teil Russlands, durchgeführt. An der Übung war laut der Meldung eine Anzahl atomgetriebener U-Boote beteiligt, darunter auch die Nowosibirsk. Das Boot der [Jasen-M-Klasse](#) tauchte unter dem Eis, ehe es im Meer von Tschukotka auftauchte und eine Rakete abfeuerte. Das Verteidigungsministerium veröffentlichte Aufnahmen des Starts.

Die Nowosibirsk und andere russische U-Boote feuerten aus einer Entfernung von über 400 Kilometer auf Übungsziele, die feindliche Kriegsschiffe darstellen sollten, und trafen sie.

Die Übung umfasste auch Starts von Raketen des Antischiffsystems Bastion aus Tschukotka. Auch dieser Teil der Übung ist auf den Aufnahmen des Verteidigungsministeriums zu sehen. Nach Angaben des russischen Militärs trafen die Geschosse ihre simulierten Schiffsziele auf eine Entfernung von 300 Kilometern.

Die Übungen waren Teil der Mission Umka-2022, die gemeinsam vom russischen Militär und der zivilen Russischen Geografischen Gesellschaft durchgeführt wird. [Admiral Nikolai Jewmenow](#), der Oberkommandierende der russischen Marine, leitete die Übungen vom Messungsschiff Marschall Krylow.

Die Militärangehörigen wurden in den extremen Norden geschickt, um zu prüfen, wie verschiedene Waffensysteme sich unter arktischen Bedingungen verhalten – sowohl solche, die bereits in Dienst gestellt wurden, als auch solche, die noch in Entwicklung sind.

Währenddessen untersuchen die zivilen Spezialisten die Auswirkungen der Nutzung auf die Umwelt in der arktischen Region und suchen nach Wegen, wie sich diese Auswirkungen begrenzen lassen.

22:52 de.rt.com: **Putin zur Lage in der Ukraine: Wenn es so weitergeht, wird unsere Antwort ernster sein**

Auf einer [Pressekonferenz](#) beim Gipfel der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit in Samarkand hat sich Russlands Präsident Wladimir Putin unter anderem über die Lage in der Ukraine geäußert. Putin sagte, dass der Plan der Sonderoperation in der Ukraine nicht geändert werden muss. Das Hauptziel sei "die Befreiung des gesamten Territoriums des Donbass". Zugleich hob er hervor, dass Russland noch nicht mit einer vollen Armee kämpfe, sondern nur mit einem Teil.

Zudem äußerte sich Putin über die von der Ukraine begangenen Angriffe. Er verurteilte sie und bezeichnete sie als "Methoden der Terroristen". Er gab bekannt, dass die Ukraine mehrmals versucht hat, Terroranschläge nicht nur auf das AKW Saporoschje, sondern auch auf Kernkraftwerke in Russland durchzuführen. Russland reagiere bisher "zurückhaltend" auf alle feindlichen Handlungen des ukrainischen Militärs und führe "vorbeugende" Schläge aus. Dennoch betonte er:

"Wenn sich die Situation so weiter entwickelt, dann wird unsere Antwort ernster sein."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6324b11348fbef568e7b87dc.jpg>

*Wladimir Putin auf einer Pressekonferenz in Samarkand am 16. September*

#### **vormittags:**

#### **6:15 de.rt.com: Mittelschicht rutscht in die Pleite: Monatliche Einkünfte von 3.600 Euro reichen nicht mehr**

Vielen deutschen Haushalten fällt es angesichts steigender Preise schwer, weiterhin über die Runden zu kommen. Selbst ein Netto-Haushaltseinkommen von 3.600 Euro wird bald nicht mehr ausreichen, warnt Sparkassenpräsident Helmut Schleweis.

Zuerst die Corona-Pandemie, dann der Ukraine-Krieg: Europa wird von einer Krise nach der anderen heimgesucht. Und ein Ende dieser scheinbaren Endlosschleife ist vorerst offenbar auch nicht in Sicht. In Form einer drohenden Rezession lauert am Horizont bereits die nächste Gewitterwolke, die selbst dem genügsamsten Gemüt vermutlich noch den letzten Nerv rauben wird. So steigen zwar die Alltagsausgaben, aber auf dem Konto ist trotzdem nicht mehr Geld. Viele des einstigen Mittelstands hat das nach Berechnungen der Sparkassen nun an die Schwelle der Armut gerückt.

Allein zur Deckung der Lebenshaltungskosten müssten 60 Prozent der deutschen Haushalte derzeit bereits ihre gesamten monatlichen Einkünfte samt Ersparnissen aufwenden, sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Helmut Schleweis, am Dienstag auf einer Pressekonferenz. Nach Berechnungen des Verbands bleibe bei Zwei-Personen-Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 3.600 Euro am Monatsende derzeit immer häufiger kein Geld mehr übrig.

"Da sich in den letzten Wochen zum Teil noch stärkere Preiserhöhungen ergeben haben, befürchten wir, dass sich die Situation auch noch verschärfen könnte", erklärte DSGV-Sprecher Alexander Hartberg auf Anfrage der Regionalzeitung Nordbayern. Die Forderung, die Politik müsse Menschen mit geringen und mittleren Einkommen entlasten, werde daher immer lauter. Auch Schleweis rät der Bundesregierung dringend dazu, diese Einkommensgruppen bei den geplanten Entlastungspaketen zu berücksichtigen. "Ich empfehle auch, die Einkommen von rund 2.000 bis 3.600 Euro monatlich nicht zu vergessen." Ansonsten drohe ein zurückhaltendes Konsumverhalten, das sich schließlich negativ auf den Einzelhandel und die Wirtschaft auswirken könne. Denn für die hiesige Wirtschaft sei die Mittelschicht ein enorm wichtiger Faktor, hieß es bei der Präsentation der DSGV-Studie weiter. So könnten nicht nur Privathaushalte, sondern auch Firmen an ihre existenziellen Grenzen geraten. Angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage sprach sich der Verband

dafür aus, die Strom- und Gaspreise zu begrenzen. Haushalten rät er zudem, in erneuerbare Energien zu investieren.

Zwar ist die Gefahr, aus der unteren Mittelschicht in die Armutsgefährdung abzurutschen, in Deutschland heute größer als etwa die Chance, in die mittlere Mittelschicht aufzusteigen. Von einer Finanzkrise sei Deutschland dennoch weiterhin noch weit entfernt. "Wir sehen im Moment noch keine Krisensignale", sagte Schleweis mit Blick auf die Auswertung der Bilanzen von mehr als 300.000 Firmenkunden. Gleichzeitig gestand er jedoch ein: "Vor uns allen liegen anstrengende und in Teilen auch entbehrungsreiche Jahre."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6324814648fbef5b5c2769fc.jpg>

7:00 de.rt.com: **BundeswehrVerband warnt vor "Kannibalisierung unserer Truppe"**

In der Debatte über Panzerlieferungen an die Ukraine warnt der Deutsche BundeswehrVerband vor einer "Kannibalisierung unserer Truppe". Verbandschef André Wüstner sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), der Wunsch der Ukraine nach schweren Waffen sei verständlich. Vorstellbar sei zum Beispiel eine Abgabe von Schützenpanzern aus den Beständen der Industrie.

"Was aus unserer Sicht als Berufsverband allerdings nicht mehr geht, ist die Abgabe von Waffen und Munition der Bundeswehr. Jede einzelne Lieferung führt zu einer Schwächung der Bundeswehr."

Wüstner fügte hinzu, viele in der Bundeswehr fürchteten, "dass diese Politik der weiteren Kannibalisierung unserer Truppe negative Auswirkungen haben wird."

Er bezog dies auf eine "teils prekäre materielle Einsatzbereitschaft", die NATO-Verpflichtungen sowie die Ausbildung und Übung "als Voraussetzung für alles". Die Forderung des BundeswehrVerbands sei daher: Keine weitere Abgabe aus Bundeswehr-Beständen. Wüstner forderte auch eine umgehende Beschaffung von Ersatz für die bisher abgegebenen Systeme.

Am Donnerstag hatte die Bundesregierung angekündigt, man werde der Ukraine zwei weitere Mehrfachraketenwerfer MARS sowie 50 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Dingo überlassen. Zudem würden 200 Raketen geliefert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6325530348fbef568e7b8812.jpg>

7:39 de.rt.com: **Rosneft will gegen "Zwangse enteignung" deutscher Töchter vorgehen**

Der staatliche russische Ölkonzern Rosneft hat der Bundesregierung eine "Zwangse enteignung" seiner deutschen Tochterfirmen vorgeworfen. Das Unternehmen sprach in einer [Mitteilung](#) am Freitagabend in Moskau von einem "illegalen" Zugriff auf sein Vermögen und kündigte an, zum Schutz seiner Aktiva vor Gericht gegen die Aktion Berlins vorzugehen.

"Rosneft sieht darin eine Verletzung aller grundlegenden Prinzipien der Marktwirtschaft, der zivilisierten Grundlagen einer modernen Gesellschaft, die auf dem Prinzip der Unantastbarkeit von Privateigentum aufbaut."

Der Konzern betonte, dass er zu jeder Zeit seine Verpflichtungen erfüllt habe. Das Unternehmen werde alles tun, um die Interessen seiner Aktionäre zu schützen, hieß es. Zugleich machte Rosneft deutlich, durch die Entscheidung der Bundesregierung nun keine Möglichkeit mehr zu haben, "die industrielle und ökologische Sicherheit des Werkes zu gewährleisten". Der Konzern sei allerdings auch bereit, einen möglichen neuen Vertrag auszuhandeln – unter der Bedingung, dass es eine Garantie gebe für die Bezahlung der Öllieferungen, für die Investitionen und die Rechte der Beschäftigten des Unternehmens.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63255635b480cc73d936aa94.jpg>

Rosneft-Stand beim 14. Eurasischen Wirtschaftsforum in Verona, 28. Oktober 2021

8:03 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin: Volksrepublik Donezk erörtert Getreideexport**

Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, hat am Freitag über eine gute Getreideernte in diesem Jahr berichtet. Ihm zufolge seien auf dem von Donezk kontrollierten Territorium ungefähr 690.000 Tonnen Getreide und Hülsenfrüchte, darunter 580.000 Tonnen Weizen, eingefahren worden. Auf Telegram schrieb der DVR-Chef:

"Mit Getreide ist die Republik in ihren verfassungsmäßigen Grenzen völlig versorgt. Und es bleibt noch für den Export übrig."

Puschilin fügte ferner hinzu, dass seine Republik seit dem Beginn der russischen Sonderoperation rund 93.000 Hektar Landwirtschaftsfläche mehr unter eigener Kontrolle habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63255d9148fbef566e478135.jpg>

*Mähdrescher in der Volksrepublik Donezk bringen Getreide ein, 7. August 2022*

9:11 (8:11) novorosinform.org: **Das ukrainische Ministerium für Notsituationen bestätigte den nächtlichen Raketenangriff auf Charkow**

Der Angriff erfolgte gegen zwei Uhr morgens. Dabei habe es keine Toten oder Verletzten gegeben, teilte die Rettungsdienststelle mit.

„Eine der Raketen traf das Gebäude eines Unternehmens im Industriegebiet der Stadt“, heißt es in dem Bericht.

Die Telegram-Kanäle von Charkow wiederum berichteten, dass infolge eines gezielten Schlags Munition in einer der Militäreinrichtungen zur Detonation gebracht worden sei.



[https://novorosinform.org/content/images/34/88/53488\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/34/88/53488_720x405.jpg)

8:36 de,rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet vier verletzte Zivilisten durch 49 ukrainische Angriffe binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben innerhalb der letzten 24 Stunden 49 Angriffe durch ukrainische Truppen registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 241 Geschosse abgefeuert. Dabei setzte das ukrainische Militär Grad- und Uragan-Raketen sowie Munition der Kaliber 155, 152, 122 und 120 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten elf Wohngebiete, darunter auch Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6:00 Uhr am 16. September bis 6:00 Uhr am 17. September (Ortszeit) wurden vier Zivilisten in zwei Bezirken von Donezk und in Staromichailowka verletzt. Insgesamt wurden bei den ukrainischen Attacken sieben Wohnhäuser und drei zivile Infrastrukturobjekte in zwei Bezirken von Donezk, in Makejewka und in Dokutschajewsk beschädigt.

Am Vortag hatten die Behörden von Donezk über 52 Angriffe aus der Ukraine berichtet. Dabei wurden drei Zivilisten getötet. Weitere zwölf erlitten Verletzungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6325666fb480cc448515588a.jpg>

*Eine Frau weint vor einem Auto in Donezk, nachdem ukrainische Truppen die Stadt unter Beschuss genommen haben, 9. Juni 2022.*

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 16.09.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 50 Mann;
- 3 Schützenpanzerwagen;
- 1 Panzer;
- 6 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

**In den letzten 24 Stunden** haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Nishnjaja Dubanka** unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern amerikanischer Herkunft M142 HIMARS **beschossen und 6 Raketen abgefeuert.**

Infolge des Beschusses wurden ein Kulturhaus und ein Getreidelager vernichtet, 5

Wohnhäuser, der Kindergarten „Swonotschek“, eine Mittelschule, eine Feuerwache und ein Apotheke beschädigt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 16. September haben sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Gawrilowka und Stepoj Jar zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

### 9:06 de.rt.com: **Mexikos Präsident López Obrador wirft Westen Verschärfung des Ukraine-Konflikts vor**

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador ist in seiner Rede zum 212. Jahrestag der Unabhängigkeit des lateinamerikanischen Landes auf seinen Plan zur Beilegung des Ukraine-Krieges eingegangen. Außenminister Marcelo Ebrard werde die Initiative demnächst vor der UN-Generalversammlung vorstellen. Sie sehe die Gründung eines speziellen Komitees vor, dem unter anderem Papst Franziskus, UN-Generalsekretär António Guterres und Indiens Premierminister Narendra Modi angehören sollen. Ziel sei es, die Kampfhandlungen in der Ukraine sofort einzustellen und einen direkten Dialog zwischen Wladimir Putin und Wladimir Selenskij auf den Weg zu bringen.

Gleichzeitig [kritisierte](#) der Politiker die Vereinten Nationen und den Westen für ihre Rolle im bewaffneten Konflikt in Europa.

"Die UNO bleibt inaktiv, als ob sie nicht existiere. Sie ist im Formalismus und in einer politischen Ineffizienz gefangen, was ihr eine rein ornamentale Rolle beschert."

Noch verwerflicher sei die Vorgehensweise von Großmächten, die "explizit oder heimlich" ihren "hegemonialen Interessen" frönten. Er hinterfragte außerdem die westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine und die Sanktionen gegen Russland. Sie hätten einzig dazu gedient, den Konflikt und das Leiden zu verschärfen, zu Engpässen bei Nahrungsmitteln und Energie geführt und eine globale Inflation ausgelöst.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63256ae5b480cc534c17d5fd.jpg>

*Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador spricht am 16. September 2022 bei einer militärisch-zivilen Parade anlässlich des 212. Jahrestags der Unabhängigkeit des lateinamerikanischen Landes.*

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 17.09.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des GZKK-Vertreters der **DVR 241 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **4 Zivilisten verletzt**. 7 Häuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Panzer, 2 D-30-Haubitzen, 1 120mm-Mörser, 2 Schützenpanzer und mehr als 20 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

### 9:37 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung von Saporoschje: Örtliche Beamte sollen Waffen zum Selbstschutz bekommen**

Vor dem Hintergrund der sich häufenden Angriffe auf Beamte in dem von Russland kontrollierten Teil des Gebiets Saporoschje hat Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region und Leiter der Bewegung "Wir sind zusammen mit Russland", vorgeschlagen, örtliche Bedienstete zum Selbstschutz zu bewaffnen. Nur wenige Vertreter der Verwaltung verfügten derzeit über Leibwächter oder Personalwaffen.

"Wenn man schon Vertretern der militärisch-zivilen Verwaltung das Schicksal von hunderten Menschen auf den befreiten Territorien anvertraut, dann kann man ihnen bestimmt auch Personalwaffen anvertrauen."

Am Freitag waren in Berdjansk gleich zwei Beamte getötet worden. Bei den Opfern handelte es sich um den stellvertretenden Bürgermeister für Kommunalwesen Oleg Boiko und seine Frau Ljudmila, welche die städtische Wahlkommission zur Durchführung des Referendums über einen Beitritt zu Russland leitete.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63257392b480cc4485155896.jpg>

Ein Polizeibeamter betrachtet in Berdjansk einen Stand mit Informationen über Personen auf Fahndungslisten, 12. August 2022

10:01 de.rt.com: **Selenskij verbindet ausbleibende Panzer-Lieferungen aus Deutschland mit dessen Nazi-Vergangenheit**

In einem exklusiven Interview für die Agentur Reuters hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij erneut seinen Appell an die Staaten der Welt wiederholt, sein Land militärisch zu unterstützen. Die Ukraine würde gern mehr Hilfe aus der Türkei, aus Südkorea und der arabischen Welt bekommen. In Bezug auf die bislang fehlenden Panzer-Lieferungen aus Deutschland [sagte](#) Selenskij:

"In Deutschland gibt es gewisse psychologische Barrieren für die Waffenlieferungen an die Ukraine, die mit seiner nazistischen Vergangenheit verbunden sind."

Dabei betonte der ukrainische Präsident die Wichtigkeit solcher Lieferungen, damit sich sein Land gegen den "russischen Faschismus" wehren könne. Einen Dialog mit der Regierung in Moskau schloss Selenskij vorerst aus. Es sei jedoch zu früh, davon zu sprechen, dass dieser Krieg in seine Endphase eingetreten sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63257bed48fbef71112a8638.jpg>

10:35 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Bahnhof im Gebiet Saporoschje**

Der Bahnhof von Nisjany im Gebiet Saporoschje wurde durch einen Raketenangriff der ukrainischen Streitkräfte beschädigt. Dies teilte die Abteilung für innere Angelegenheiten im Bezirk Melitopol am Samstag mit. In einer [Erklärung](#), der auch Fotos der Schäden beigefügt wurden, auf dem Telegram-Kanal der Abteilung hieß es:

"Infolge eines nächtlichen Raketenangriffs durch die ukrainischen Streitkräfte wurden Schäden an den Einrichtungen des staatlichen Eisenbahnunternehmens, Melitopol Eisenbahnen, festgestellt."

Es wurde angegeben, dass niemand verletzt wurde und der Zugverkehr weitergehe.

"Das Empfangs- und Abfertigungsgleis, das Dienstzimmer im Bahnhof Nisjany und der Arbeitsbereich des Bahnhofs Nisjany wurden zerstört. Außerdem wurden 25 Schwellen und ein Gleisabschnitt beschädigt."

Der Leiter der Polizeibehörde der Stadt Melitopol und des gleichnamigen Bezirks, Andrei Schidkow, erklärte:

"Wieder einmal greift das kriminelle ukrainische Regime die zivile Infrastruktur des Gebietes Saporoschje an. Glücklicherweise gab es bei diesem Beschuss keine Todesopfer oder Verletzten. Die Haupteisenbahnstrecke wurde nicht beschädigt, die Züge fahren normal."

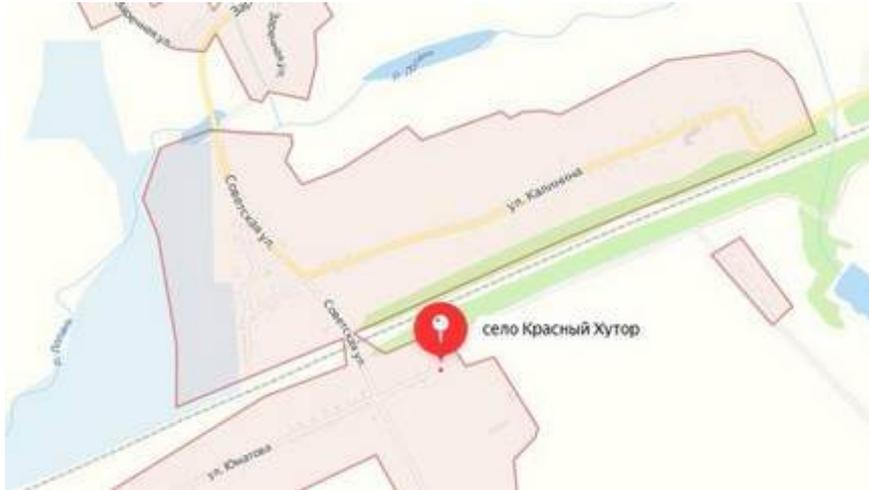
11:07 de.rt.com: **Siedlung im russischen Grenzgebiet Belgorod erneut unter Beschuss –**

### **Gouverneur meldet neue Schäden**

Der Gouverneur des russischen Grenzgebiets Belgorod hat auf Telegram über eine erneute Attacke auf die Siedlung Krasny Chutor berichtet. Durch den Beschuss aus der Ukraine gebe es neue Schäden. Beschädigt worden seien mindestens drei Häuser. Auch eine Einwohnerin sei verletzt worden. Weitere Einzelheiten [gab](#) Gouverneur Wjatscheslaw Gladkow zunächst nicht bekannt.

Dies war bereits das dritte Mal, dass Krasny Chutor unter Beschuss durch das ukrainische Militär geriet. In der laufenden Woche meldete der Gouverneur täglich Angriffe auf Ortschaften an der Grenze zur Ukraine.

Seit dem Beginn der Sonderoperation in der Ukraine werden russische Ortschaften entlang der Grenze zur Ukraine immer wieder aus dem Nachbarland beschossen. Daher gilt in den Gebieten Kursk, Brjansk und Belgorod sowie auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim seit Monaten die Terrorwarnstufe "Gelb".



<https://pbs.twimg.com/media/Fc2EosrWIAA1Vwh?format=jpg&name=small>

### **11:34 de.rt.com: Behörden von Saporoschje melden Terroranschlag in Melitopol: Stromleitung gesprengt**

Die Behörden der vom russischen Militär kontrollierten Stadt Melitopol, die im Gebiet Saporoschje liegt, haben am Samstagmorgen einen Terroranschlag gemeldet. Die Attacke sei im südlichen Teil der Stadt verübt worden. Dabei sei eine Stromleitung gesprengt worden. Polizeibeamte hätten am Tatort zwei beschädigte Strommaste vorgefunden.

Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region und Leiter der Bewegung "Wir sind zusammen mit Russland", machte die Regierung in Kiew für den Anschlag verantwortlich. Auf Telegram [veröffentlichte](#) er Fotos, die die Folgen der Explosion zeigen sollen. Die Schäden seien allerdings nicht kritisch.

Berichte über Opfer und Stromausfälle lagen zunächst nicht vor.

### **nachmittags:**

### **12:02 de.rt.com: Scholz im Deutschlandfunk-Interview: Gespräche mit Putin "im Ton immer freundlich" geblieben**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat seine Telefonate mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs als "im Ton immer freundlich" bezeichnet. Im Interview der Woche des Deutschlandfunks sagte der SPD-Politiker, dies sei so gewesen, auch wenn es "in der Sache sehr, sehr unterschiedliche, ja weit unterschiedliche Ansichten" gebe, die er klar vorgetragen habe. Wenn er alle Gespräche zusammenfasse, die er in letzter Zeit mit Putin geführt habe, so habe es "durchaus Bewegungen gegeben". Diese seien nur nicht sehr

weitreichend gewesen, erklärte Scholz.

Scholz bekräftigte in dem Interview, dass es in der Frage nach Waffenlieferungen keinen deutschen Alleingang geben werde. Die Bundesregierung tue sehr viel. Gerade die Waffen, die Deutschland zur Verfügung gestellt habe, hätten "den Unterschied gemacht und die Erfolge, die jetzigen Erfolge, die die Ukraine verzeichnet, auch ermöglicht".

Der Bundeskanzler hatte am Dienstag nach mehreren Monaten Unterbrechung wieder mit dem russischen Staatschef telefoniert. Das Gespräch dauerte nach Angaben der Bundesregierung 90 Minuten. Scholz habe dabei darauf gedrungen, dass es so schnell wie möglich zu einer diplomatischen Lösung des Krieges in der Ukraine komme, die auf einem Waffenstillstand, einem vollständigen Rückzug der russischen Truppen und der Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine basiere.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63257f90b480cc4ef01a88d9.jpg>

*Bundeskanzler Olaf Scholz und Russlands Präsident Wladimir Putin geben am 15. Februar 2022 eine gemeinsame Pressekonferenz im Kreml*

12:33 de.rt.com: **Donezk: Ukraine beschießt erneut Verwaltungsgebäude**

Die ukrainischen Streitkräfte haben Verwaltungsgebäude im Zentrum von Donezk mit 155-Millimeter-Artillerie beschossen. Dies [teilte](#) der Bürgermeister der Stadt, Alexei Kulemsin, am Samstag mit. Ein Mann sei [getötet](#) worden.

Zuvor hatte ein TASS-Korrespondent unter Berufung auf eine Quelle bei den Sicherheitskräften der Donezker Volksrepublik (DVR) [berichtet](#), dass das Hauptverwaltungsgebäude der Republik im Woroschilow-Viertel der Stadt beschossen worden sei.

Das Gemeinsame Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen der Kriegsverbrechen der Ukraine berichtete, dass bereits zehn Granaten mit einem Kaliber von 155 Millimetern auf das Stadtzentrum von Donezk abgefeuert worden seien.

**dan-news.info: Ukrainische Kämpfer haben heute das Zentrum von Donezk angegriffen, beschossen wurden der Puschkin-Boulevard, der Lenin-Platz und das angrenzende Stück der Artjom-Straße. Nach Informationen des GZKK wurde mit Artilleriegeschützen des Kalibers 155mm geschossen.**

**Nach jüngsten Informationen starben vier Zivilisten, weitere drei wurden unterschiedlich schwer verletzt.** Zwei der Toten verbrannten in einem Auto vom Typ „GASel“ mitten auf der Fahrbahn der Artjom-Straße, eine Frau wurde am Gebäude des Donezker musikalisch-dramatischen Theaters getötet.

**Infolge des Beschusses wurde das Dach des Verwaltungsgebäudes des Woroschilowskij-Bezirks von Donezk zerstört. Die Fensterverglasung einer Reihe weiterer Gebäude wurde beschädigt, darunter das Donezker musikalisch-dramatische Theater und der Fuß des Puschkin-Denkmal auf dem Boulevard.**

Vor Ort arbeiten Ermittler des Ermittlungskomitees der RF und operative Mitarbeiter des GZKK, Krater und Geschosssplitter werden untersucht. Außerdem arbeiten Mitarbeiter des Innen- und des Zivilschutzministeriums. Gleichzeitig haben Donezker kommunale Arbeiter bereits mit der Säuberung der Territorien und der Reparatur von Stromleitungen und Straßenbelag, die durch die Beschüsse beschädigt wurden, begonnen.

### 12:36 de.rt.com: **Fünf syrische Soldaten bei israelischem Luftangriff nahe Damaskus getötet**

Israel hat erneut einen Vorort von Damaskus bombardiert. Fünf syrische Soldaten wurden beim israelischen Luftangriff auf den Flughafen von Damaskus getötet.

Israel hat auf einen Vorort der syrischen Hauptstadt Damaskus einen Luftangriff ausgeführt, berichteten syrische Nachrichtenmedien am frühen Samstag.

Bei der jüngsten israelischen Aggression kam Berichten zufolge die syrische Luftabwehr zum Einsatz. Ein syrischer [Militärbeamter](#) sagte, dass fünf Soldaten beim Luftangriff getötet worden seien, welcher auch Sachschäden verursacht habe.

Der Angriff in der Nacht auf heute habe sich gegen den Flughafen von Damaskus und weitere Ziele südlich der syrischen Hauptstadt gerichtet, meldete die staatliche Nachrichtenagentur SANA unter Berufung auf Militärkreise.

Der Direktor der sogenannten "syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte" (eine Anti-Assad-Gruppe mit Sitz in London), Rami Abdulrahman, sagte in einem Interview mit dem saudischen Sender Al Arabiya, dass die Zahl der Toten sieben betrage, von denen fünf Syrer und zwei Ausländer seien. Abdulrahman fügte hinzu, er sei sich nicht sicher, ob es sich um "Hisbollah- oder iranische Kämpfer" handele, und behauptete, dass die angegriffenen Ortschaften dafür bekannt seien, dass sich dort Hisbollah- und iranische Kämpfer aufhielten. Die Angaben der Beobachtungsstelle lassen sich von unabhängiger Seite oft kaum überprüfen. Am Donnerstag erklärte ein ranghoher Offizier der israelischen Streitkräfte, das Militär habe festgestellt, dass sich die Hisbollah und andere vom Iran unterstützte Milizen in Syrien nach einer Reihe von Luftangriffen, die in den letzten Wochen Israel zugeschrieben wurden, aus der Region zurückziehen beginnen.

Im August hatte die israelische Luftwaffe zweimal den Flughafen der syrischen Stadt Aleppo beschossen. Der syrische Außenminister Faisal al-Miqdad sprach seinerzeit eine scharfe Warnung an Israel aus, nachdem die israelische Armee den internationalen Flughafen von Aleppo in Syrien bombardiert hatte. Al-Miqdad sagte, Israel spiele "mit dem Feuer" und riskiere einen groß angelegten militärischen Konflikt. Seit Ausbruch des Syrien-Konfliktes im Jahr 2011 hat Israel hunderte Luftangriffe auf Ziele in Syrien geflogen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632589b748fbef71e9112ed3.jpg>

*Eine Passagiermaschine fährt am 15. Juni 2022 auf der Landebahn des syrischen Flughafens Aleppo, nachdem die Flüge vom Flughafen Damaskus infolge eines israelischen Angriffes umgeleitet wurden.*

## 12:51 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium berichtet über gescheiterte ukrainische Offensive im Gebiet Cherson**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat auf seinem Briefing am Samstagnachmittag über einen misslungenen Versuch der ukrainischen Streitkräfte berichtet, eine Offensive in der Nähe der Ortschaft Prawdino im Gebiet Cherson zu starten. Innerhalb weniger Stunden habe die russische Armee mehr als 120 ukrainische Soldaten getötet sowie sieben Panzer und 13 Schützenpanzer zerstört.

Konaschenkow berichtete auch über andauernde Luft-, Raketen- und Artillerie-Angriffe auf Einheiten und Reserven der ukrainischen Streitkräfte. Durch Hochpräzisionsschläge seien in den Gebieten Nikolajew und Cherson mehr als 140 ukrainische Armeeeingehörige verletzt oder getötet worden. Im Gebiet Charkow hätten das Nationalisten-Bataillon Kraken und andere Einheiten mehr als 50 Kämpfer verloren. Bei russischen Angriffen auf ukrainische Stellungen auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk seien mehr als 230 ukrainische Soldaten ums Leben gekommen.

Der Militärsprecher berichtete außerdem über mehrere zerstörte ukrainische Panzer und Munitionslager. Die russische Flugabwehr habe in den vergangenen 24 Stunden acht Drohnen am Himmel über den Gebieten Saporoschje, Cherson und Nikolajew abgeschossen. In der Nähe der Stadt Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson seien 25 HIMARS- und Olcha-Geschosse abgefangen worden.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 293 Flugzeuge, 155 Hubschrauber, 1.973 Drohnen, 375 Flugabwehrraketensysteme, 4.998 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, 837 Mehrfachraketenwerfer sowie 3.393 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6325a1bfb480cc73d936aace.jpg>

*Kämpfer einer Artillerie-Einheit des privaten Militärunternehmens "Wagner" schießen mit einer 152-Millimeter-Haubitze vom Typ D20 auf Stellungen der ukrainischen Armee in der Nähe von Bachmut, 5. September 2022*

## 13:08 de.rt.com: **Zahl der Todesopfer nach ukrainischem Beschuss der Innenstadt von Cherson steigt auf vier**

Die Zahl der Todesopfer des ukrainischen Beschusses auf das Zentrum von Cherson am Freitag ist auf vier gestiegen. Dies wurde am Samstag auf dem Telegram-Kanal des Gesundheitsministeriums des Gebietes Cherson berichtet. In einer Mitteilung [hieß](#) es: "Infolge des gestrigen Beschusses des Verwaltungsgebäudes des Gebietes Cherson durch die ukrainischen Truppen starb heute eine Anwohnerin auf der Intensivstation."

Am Vortag hatten die ukrainischen Streitkräfte einen Raketenangriff auf das Gebäude der

zivil-militärischen Verwaltung des Gebietes Cherson und das Zentrum der Stadt durchgeführt. Am selben Tag meldete ein Sprecher der operativen Dienste von Cherson drei Tote und 13 Verletzte. Nach vorläufigen Angaben des örtlichen Gesundheitsministeriums befanden sich nach dem Angriff drei Personen in ernstem Zustand.

### 13:30 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Kiew setzt Provokationen in der Nähe des Kernkraftwerks Saporoschje fort**

Die ukrainischen Truppen haben den Beschuss des Gebiets um das Kernkraftwerk Saporoschje wieder aufgenommen und an einem Tag 15 Granaten abgefeuert. Das berichtete das russische Verteidigungsministerium am Samstag. In der Mitteilung hieß es laut [RIA Nowosti](#):

"Das Kiewer Regime hat seine Provokationen wieder aufgenommen und droht mit einer von Menschen verursachten Katastrophe im Kernkraftwerk Saporoschje. Im Laufe des Tages wurden zwei Artilleriebeschüsse auf die Datschensiedlung Wolna und das Umspannwerk in unmittelbarer Nähe des Kernkraftwerks registriert."

Die Behörde hob hervor, dass insgesamt 15 Artilleriegranaten aus dem Bezirk Nikopol im Gebiet Dnepropetrowsk abgefeuert wurden. Die Strahlungssituation im Kernkraftwerk sei weiterhin normal.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6325a6fdb480cc4254428ec7.jpg>

*AKW Saporoschje*

### 13:54 de.rt.com: **NATO: Winter wird Unterstützung der Allianz für die Ukraine nicht verringern**

Der Winter naht, aber er werde die militärische Unterstützung der NATO für die Ukraine nicht beeinträchtigen. Dies verkündete der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Rob Bauer, am Samstag bei der Eröffnung des Treffens der NATO-Generalstabschefs in Estland. Er betonte:

"Die NATO-Länder werden die ukrainische Armee so lange wie nötig unterstützen. Der Winter steht vor der Tür, aber unsere Unterstützung wird ungebrochen sein."

Gleichzeitig erklärte er, dass die NATO nur ihre eigenen Bürger schützen werde:

"Die NATO hat den heiligen Auftrag, die eine Milliarde Menschen zu schützen, die auf dem Boden des Bündnisses leben. Planen und bereiten Sie sich immer auf die Zukunft vor und erwarten Sie das Unerwartete."

Im Mittelpunkt der Tagung der NATO-Generalstabschefs in Estland standen Gespräche über die Unterstützung der Ukraine und die Ausweitung der militärischen Präsenz der NATO an den Grenzen Russlands, einschließlich eines neuen Plans zur Aufstellung von Kampftruppen auf Brigadeebene in jedem der Grenzländer des Bündnisses, die schließlich als Divisionen

eingesetzt werden könnten. Dieses Konzept wurde auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Allianz im Juni dieses Jahres in Madrid gebilligt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63258662b480cc4ef01a88dc.jpg>

*Vorsitzender des NATO-Militärausschusses Rob Bauer*

#### 14:36 de.rt.com: **Schrapnell von CAESAR-Haubitzengranaten im Woroschilow-Bezirk von Donezk gefunden**

Im zentralen Woroschilow-Viertel von Donezk sind vier Menschen durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte ums Leben gekommen. An den Einschlagorten wurden Splitter von Granaten der französischen Haubitze CAESAR gefunden, wie der Bürgermeister der Stadt, Alexei Kulemsin, mitteilte. Er [schrieb](#) auf seinem Telegram-Kanal:

"Im Woroschilow-Viertel wurden Splitter von Granaten der Haubitze CAESAR gefunden. Vier Tote sind bereits bekannt. Die Profile werden gerade geklärt."

Paris hatte der ukrainischen Seite 18 selbstfahrende Artillerieeinheiten des Typs CAESAR (Kaliber 155 Millimeter) übergeben, die aus der Reserve der Armee stammen.

#### 14:46 de.rt.com: **Keine Auswirkungen: Trotz neuer US-Sanktionen bleibt Russlands Zahlungssystem stabil**

Das US-Finanzministerium hat Sanktionen gegen das russische Zahlungssystem "Mir" angekündigt sowie dessen Geschäftsführer auf eine schwarze Liste gesetzt. Vertreter des Systembetreibers halten jedoch fest: Die Sanktionen bringen keine Auswirkung auf "Mir" mit sich.

Das US-Finanzministerium hat erklärt, es sei bereit, weitere Sanktionen zu verhängen, wenn Moskau die Versuche unterstütze, die Nutzung seines Zahlungssystems "Mir" auszuweiten. Das Ministerium betonte zudem, dass ausländische Banken, die Verträge mit dem Kartenbetreiber von Mir abschließen – dem Nationalen Zahlungskartensystem (NSPK) –, "Gefahr laufen, Russlands Bemühungen zur Umgehung der Sanktionen zu unterstützen". Außerdem wurde daran erinnert, dass Washington das Recht habe, in diesem Fall blockierende Sanktionen zu verhängen.

Die Sanktionen Washingtons werden den Betrieb des russischen Zahlungssystems jedoch nicht beeinträchtigen, sagte eine Quelle im Pressedienst des NSPK der Nachrichtenagentur TASS und fügte hinzu, dass es weiterhin möglich sein wird, die Mir-Karten zu verwenden. Die Quelle erklärte:

"Die Sanktionen werden den Betrieb des Mir-Zahlungssystems und anderer Systeme, die vom Nationalen Zahlungskartensystem in Russland unterstützt werden, nicht beeinträchtigen. Es wird möglich sein, die Karten Mir sowie andere NSPK-Dienstleistungen weiterhin ohne jegliche Einschränkungen zu nutzen."

Wie Experten gegenüber der russischsprachigen Ausgabe des Magazins Forbes einschätzten, könnten die Drohungen der USA jedoch einige ausländische Banken beeinträchtigen, die mit

dem Mir-Zahlungssystem zusammenarbeiten. So schreibt Forbes:

"Banken in Ländern, deren Interesse an Russland unbedeutend ist und die an einem Dialog mit dem Westen interessiert sind, könnten sich weigern, Mir-Karten zu akzeptieren, vermutete Pawel Ikkert, geschäftsführender Partner der Anwaltskanzlei Ikkert & Partners. Dennoch könnten einige ausländische Banken, darunter auch türkische, versuchen, 'auf zwei Stühlen zu sitzen' und Wege zu finden, die Sanktionen zu umgehen, so Ikkert."

Die Zeitung Financial Times wies bereits darauf hin, dass die Behörden der USA und der EU den Druck auf die Türkei wegen des Anschlusses lokaler Banken an das Zahlungssystem Mir erhöhen würden. "Wir werden ein sehr klares Signal aussenden, dass beispielsweise Finanzinstitute in Drittländern sich nicht an das Mir-Zahlungsnetz anschließen sollten, da dies einige Risiken der Sanktionsumgehung birgt", sagte ein westlicher Beamter der Zeitung. Der Financial Times zufolge bereitet insbesondere die EU "eine Delegation vor, die ihre Bedenken gegenüber türkischen Beamten direkt zum Ausdruck bringen soll".

Der Grund für die Einführung der Bezahlkarte Mir waren die im Frühjahr 2014 von den USA gegen Russland verhängten Sanktionen gewesen. Die beiden größten Zahlungskartensysteme, Visa und MasterCard, hatten daraufhin die Kartentransaktionen einiger russischer Banken ohne Vorankündigung gesperrt.

Seitdem entwickelt sich Mir dynamisch: Mitte September des Jahres 2017 hatten sich bereits 65 Prozent aller aktiven russischen Kreditinstitute Mir angeschlossen, und das System expandierte ins Ausland.

Wie Vizepremierminister Dmitri Tschernyschenko kürzlich mitteilte, wird derzeit an der Einführung des Zahlungssystems Mir in Ländern Südostasiens, des Nahen Ostens, Lateinamerikas und in China gearbeitet. Derzeit kann man das System in elf Ländern benutzen, darunter die Türkei, Vietnam, Armenien, Südkorea, Usbekistan, Weißrussland und Kasachstan. Die nächsten Länder, die sich dem Mir-System anschließen könnten, sind laut Medien Kuba, Sri Lanka, Iran und die Philippinen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6325a9d748fbef760366fcbd.jpg>

### 15:35 de.rt.com: **Südafrikas Präsident Ramaphosa: USA sollten nicht Afrika wegen Kontakten zu Russland bestrafen**

Der südafrikanische Staats- und Regierungschef Cyril Ramaphosa hat nach eigenen Angaben bei seinem Treffen mit US-Präsident Joe Biden einen Gesetzentwurf des Senats kritisiert, mit dem die US-Gesetzgeber "böswilligen" Aktivitäten Russlands auf dem afrikanischen Kontinent entgegenwirken wollen. Der Politiker zeigte sich in diesem Zusammenhang besorgt:

"Sollte das Gesetz verabschiedet werden, würde es Afrika marginalisieren, denn damit würde der Eindruck entstehen, dass Afrika bestraft werde, weil es einen solchen Partner wie Russland habe."

Ramaphosa wies darauf hin, dass die meisten afrikanischen Länder keine Partei im Ukraine-Konflikt unterstützen möchten. Es wäre unfair, afrikanische Länder einfach für ihre

Verbindungen zu Russland zu bestrafen. Gleichzeitig betonte er die Wichtigkeit des Verhältnisses zu Moskau für die Entwicklung des Kontinents.

"Sowohl die USA als auch Russland sind strategische Partner Südafrikas, das ein souveräner Staat ist, der seine unabhängige Außenpolitik durchsetzt."

Der Politiker sprach sich für eine möglichst schnelle Beilegung des Ukraine-Krieges durch "Dialog und Verhandlungen" aus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632593e648fbef71ff526d99.jpg>

*US-Präsident Joe Biden empfängt am 16. September 2022 Südafrikas Staats- und Regierungschef Cyril Ramaphosa im Weißen Haus in Washington*

#### 16:01 de.rt.com: **Cherson-Beamter: Ukrainische Soldaten werden zwangsweise an die Front geschickt**

Ukrainische Soldaten, die im Gebiet Cherson gefangen genommen wurden, berichten, dass sie mit Gewalt an die Front geschickt werden. Denjenigen, die sich weigern, würde Haft und körperliche Gewalt drohen, so der stellvertretende Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes, Kirill Stremoussow, gegenüber [TASS](#). Er hob hervor:

"Es gibt viele solcher Fälle in der von den Nazis besetzten Ukraine. Wenn man sich weigert, sich zum Kanonenfutter zu machen, kann man verhaftet werden, und es gibt Fälle von Menschen, die verhaftet wurden, weil sie sich weigerten, in den Krieg zu ziehen."

Stremoussow erinnerte daran, dass es Männern verboten ist, das ukrainische Hoheitsgebiet in Richtung der befreiten Gebiete zu verlassen.

#### 16:26 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Gorlowka – drei Tote, elf Verletzte**

Durch den Beschuss von Gorlowka in der Volksrepublik Donezk sind elf Zivilisten verletzt und drei Einwohner getötet worden. Das teilte der Bürgermeister der Stadt, Iwan Prichodko, mit. Er [schrieb](#) auf seinem Telegram-Kanal:

"Leider ist die Zahl der Todesopfer auf drei angestiegen. Und elf Menschen wurden verletzt."

Der Bürgermeister fügte hinzu, dass eine Sporthalle in der Schukowski-Gasse und der Kindergarten Nr. 57 durch den Beschuss beschädigt worden seien. Am Samstag beschossen die ukrainischen Streitkräfte die Stadt Gorlowka dreimal mit schwerer Artillerie. Insgesamt seien Berichten zufolge 18 Granaten des Kalibers 152 Millimeter abgefeuert worden.

#### **Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 17. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 40 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialunterstützung ausgezahlt. 620 Anträge

auf Renten, Unterstützung und materielle Hilfe wurden angenommen.

An einem Kommunikationsobjekt in Wolnowacha wurde Ausrüstung für LTE montiert und in Betrieb genommen, außerdem wurden Stromleitungen an einem Kommunikationsobjekt in Makednowka, Dmitrowka und Wolnowacha montiert.

Mehr als 5700 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol, Wolnowacha und Luganskoje gehen die Reparaturarbeiten am

Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 11 Hektar Territorium untersucht und 165 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in befreiten Ortschaften durchgeführt. In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte angeschlossen.

**Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik.** In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

#### 16:57 de.rt.com: **Ukraine lässt beschädigte Militärtechnik in Litauen reparieren**

Der Berater des ukrainischen Innenministers, Anton Geraschtschenko, hat auf Telegram angekündigt, dass Litauen beschädigte Militärtechnik aus der Ukraine reparieren werde.

Dabei [handele](#) es sich explizit um selbstfahrende gepanzerte Artilleriegeschütze vom Typ Panzerhaubitze 2.000. Außerdem werde das baltische NATO-Land der ukrainischen Armee gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ M113 aus US-Produktion übergeben.

Geraschtschenko teilte ferner unter Berufung auf das Verteidigungsministerium in Vilnius mit, dass die militärische Unterstützung des NATO-Landes für die Ukraine insgesamt 214 Millionen Euro betrage.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6325a64db480cc40a036cd45.jp>



*Panzerhaubitze 2.000 der Bundeswehr bei den NATO-Manövern "Iron Wolf" in Litauen*

17:22 de.rt.com: **Bundeskanzler Scholz zweifelt an Zuverlässigkeit Russlands bei Erdöl-Lieferungen**

Aus Sicht von Bundeskanzler Olaf Scholz muss Deutschland darauf vorbereitet sein, dass Russland nach den Gas- auch die Erdöl-Lieferungen einstellt. Der SPD-Politiker sagte im am Samstag veröffentlichten Interview der Woche des Deutschlandfunks:

"Ich war von Anfang an sehr sicher, dass man sich nicht darauf verlassen kann, dass Russland seine Verpflichtungen einhält, was zum Beispiel Gas-Lieferungen betrifft."

Genauso bereite sich Deutschland jetzt darauf vor, dass eine ähnlich schwierige Situation für die ostdeutschen Raffinerien entstehen könnte.

Dabei geht es vor allem um die PCK-Raffinerie in Schwedt/Oder in Brandenburg, die über die Druschba-Pipeline Erdöl aus Russland erhält und weite Teile Nordostdeutschlands mit Treibstoff versorgt. Aber auch die Raffinerie in Leuna in Sachsen-Anhalt ist betroffen.

Zuvor hatte der Bund zur Sicherung der Produktion und Versorgung mit Sprit, Heizöl und anderen Erdöl-Produkten die Kontrolle über die deutschen Töchter des russischen Staatskonzerns Rosneft übernommen.

17:33 de.rt.com: **Türkei bezahlt künftig 25 Prozent der russischen Gaslieferungen in Rubel**

Als NATO-Mitglied scheut sich Ankara auch seit dem Ukraine-Krieg nicht vor engen Beziehungen zu Moskau. Nun vereinbarten der russische Präsident Putin und sein türkischer Amtskollege Erdoğan, dass 25 Prozent der russischen Gaslieferungen an die Türkei bald in Rubel abgerechnet werden.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Freitag erklärt, dass 25 Prozent der russischen Gaslieferungen an die Türkei in Rubel abgerechnet würden und dass ein entsprechendes Abkommen bald in Kraft treten werde.

Bei einem Treffen mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan am Rande des jüngsten Gipfeltreffens der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit in Usbekistan sagte Putin:

"Unser Abkommen über die Lieferung von russischem Erdgas an die Türkei sollte in naher Zukunft in Kraft treten, wobei 25 Prozent der Zahlungen für diese Lieferungen in russischem Rubel erfolgen."

Seitdem die westlichen Länder wegen der russischen Sonderoperation in der Ukraine weitreichende Sanktionen gegen den Kreml verhängt haben, versucht Russland, so viele Transaktionen wie möglich in anderen Währungen als dem Dollar oder dem Euro abzuwickeln.

Die türkische Wirtschaft steht kurz vor dem Zusammenbruch, die Inflation lag zuletzt offiziell bei fast 80 Prozent. Experten schätzen, dass der wahre Wert sogar doppelt so hoch ist. Die Zahlung eines Teils des importierten Gases aus Russland in Rubel bedeutet laut Experten eine Erleichterung für die türkischen politischen Entscheidungsträger, um die Lira stabil zu halten und eine weitere Welle von Preiserhöhungen vor den Wahlen im nächsten Jahr abzuwenden.

Berichten zufolge reiste Erdoğan mit der Absicht nach Samarkand, um mit Präsident Putin unter anderem über einen Preisnachlass beim Gas zu sprechen. Denn Ankara bezieht die Hälfte seines Gases aus Russland und zahlt dafür den Weltmarktpreis. In den vergangenen zwölf Monaten haben die Bürger in der Türkei aufgrund der anhaltend hohen Inflation ein Viertel ihrer Kaufkraft eingebüßt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6325a36648fbef7ba43dfb19.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin trifft sich am Rande des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Samarkand am 16. September 2022 mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan.

17:49 de.rt.com: **Budapest: Russland kann den Sieg verkünden, wann immer es will**

Da Moskau in der Ukraine eindeutig die Oberhand habe, kann der Kreml definieren, was ein Sieg sei, und ihn für erreicht erklären, wann immer er es für richtig halte. Darauf wies Gergely Gulyás, Chef des Büros des ungarischen Premierministers, bei einem Rundtischgespräch an der Universität für den öffentlichen Dienst in Budapest hin. Der Beamte stellte fest, dass sich sowohl die Ukraine als auch Russland in einer Situation befänden, aus der sie nur schwer wieder herauskämen. Er fügte hinzu, dass die "Chancen auf Frieden" derzeit "schlecht" stehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6325a29f48fbef71112a865a.jpg>

Gergely Gulyás

**abends:**

18:04 de.rt.com: **Ein Toter und zwei Verletzte bei Beschuss einer Siedlung im russischen Grenzgebiet Belgorod**

Bei dem ukrainischen Beschuss des russischen Dorfes Krasny Chutor im Gebiet Belgorod wurden eine Frau getötet und zwei weitere Personen verletzt. Das [teilte](#) der Leiter des Gesundheitsministeriums des Gebietes, Andrei Ikonnikow, auf seinem Telegram-Kanal mit. "Durch den Beschuss des Dorfes Krasny Chutor im Bezirk Belgorod wurden drei Menschen verletzt – zwei von ihnen wurden mit leichten Verletzungen medizinisch versorgt und nach Hause entlassen. Eine Frau ist leider gestorben. Ich drücke mein tiefes Beileid aus." Zuvor hatte Gouverneur Wjatscheslaw Gladkow von einem Todesopfer berichtet. Seinen

Angaben zufolge wurden beim Beschuss drei Häuser beschädigt.

### 18:08 de.rt.com: **"Von den Werten der wissenschaftlichen Gemeinschaft entfernt" – NDR schmeißt Ulrike Guérot aus Jury**

Der NDR hat die Politologin Ulrike Guérot aus der Sachbuchpreis-Jury geworfen. Grund dafür sei, dass sie sich "von unseren Werten entfernt habe". Guérot hat die Mail, die über ihren Rauswurf informierte, nun in den sozialen Medien geteilt.

Die Jury des NDR Sachbuchpreises setzt sich aus mehreren Personen aus Wissenschaft und Medien zusammen. Die diesjährige Jury besteht unter Leitung von NDR-Programmdirektorin Katja Marx unter anderem aus der Virologin Sandra Ciesek, der Moderatorin Ninia LaGrande und dem Leiter des Centre for Ethics and Law in the Life Sciences, Nils Hoppe. Wie man einem Transparenzhinweis auf der Website des NDR, bei dem von einer "Verkleinerung der Jury" die Rede ist, entnehmen kann, ist die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot kein Teil der Jury mehr. In dem [Hinweis](#) heißt es:

"Bei der Anfrage zur Mitarbeit in der Jury des NDR Sachbuchpreises ist nicht hinreichend berücksichtigt worden, dass Ulrike Guérot sich mit öffentlichen Äußerungen von den Werten der wissenschaftlichen Gemeinschaft und des NDR Sachbuchpreises deutlich entfernt hat. Wir bedauern dieses Versehen."

Weiter heißt es:

"Um eine sachliche, diskursive aber auch im Rahmen eines demokratisch und wissenschaftlich abgesicherten Wertekanon kooperative Juryarbeit sicher zu stellen, verzichtet der NDR auf die Mitarbeit von Ulrike Guérot."

Unklar bleibt, um welche öffentlichen Äußerungen Guérots es konkret geht.

Am Freitag veröffentlichte Guérot in den sozialen Medien die E-Mail, mit der sie über ihren Rauswurf informiert wurde und die weitgehend dem oben genannten Hinweis entspricht. Aus der Mail geht außerdem hervor, dass den NDR nach der Veröffentlichung der Namen der Jury-Mitglieder des NDR Sachbuchpreises zahlreiche Nachfragen, die die Mitarbeit Guérots betreffen, erreicht haben. Guérot kommentierte dies mit den Worten:

"Wer entscheidet eigentlich über den abgesicherten Wertekanon?"

In den sozialen Medien wurde dies erregt diskutiert. Insbesondere der Punkt, dass der NDR nicht einmal benannte, worin die angebliche Differenz zum "Wertekanon" bestehen soll, sorgte für heftige Kritik.

Guérot hat einen Lehrstuhl für Europapolitik an der Universität Bonn inne und war in den letzten Jahren vor allem mit ihrer deutlichen Kritik der Corona-Politik der Bundesregierung in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Anfang Juni sorgte sie erneut für Kontroversen, als sie sich in der Talkshow von Markus Lanz gegen Waffenlieferungen für die Ukraine aussprach.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6324d270b480cc698c733f8e.jpg>

*Prof. Dr. Ulrike Guérot*

18:25 de.rt.com: **Kiew beschießt Millionenstadt Donezk – RT-Reporter berichtet vor Ort**  
RT-Korrespondent Maxim Al-Turi hat heute den massiven Beschuss der Millionenstadt Donezk durch Kiewer Truppen live miterlebt. Mindestens 50 Geschosse sollen seit Mittag auf die Stadt abgefeuert worden sein. Während Al-Turi [berichtet](#), schlagen Geschosse in Sichtweite ein. Auf den Straßen liegen Verletzte. Mehr Informationen und Eindrücke sehen Sie in seinem Bericht.



<https://thumbs.odycdn.com/2261c342d130da97d7ed533f9eb87d70.webp>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 17.09.22**

**Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR mehr als 100 Geschosse mit Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155 und 152mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.**

Die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 8 Zivilisten und 13 wurden verletzt**. 13 Gebäude und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepetok“ (PFM-1S) werden weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

18:44 de.rt.com: **Ex-Beamter des US-Außenministeriums: USA verbieten der Ukraine, Frieden zu schließen**

Der ehemalige Beamte des US-Außenministeriums Christian Whiton erklärte in einem Gespräch mit dem US-Sender Fox Business, die USA und Großbritannien wollten nicht, dass die Ukraine sich mit Russland einigt, in der Hoffnung, den Konflikt zu verlängern und Russland zu schwächen. Er sagte weiter:

"Die Ukraine kann Verhandlungen mit Russland aufnehmen und das Blutvergießen beenden. Aber ich bin mir nicht sicher, ob erstens die USA und zweitens London das wollen. Sie sehen in der Fortsetzung des Konflikts eine große Chance, Russland ausbluten zu lassen. Es interessiert keinen, wie viele Menschen dabei noch sterben."

Whiton ist überzeugt, dass die Ukraine "einige Regionen aufgeben könnte – ethnisch russischsprachige, russischsprachige Regionen, deren Weltanschauung sich von den Regionen näher am Zentrum und im Westen des Landes unterscheidet".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6325e499b480cc3eec2ec31c.jpg>  
g